

«Es gilt, Bundesrätin Sommaruga Beine zu machen»

SVP-Fraktionschef Adrian Amstutz über die geplante Asylinitiative seiner Partei

Die SVP will das Asylrecht einschränken. Warum?

Ausländer, die von einem sicheren Nachbarstaat in die Schweiz einreisen, ohne dort verfolgt zu werden, sollen nur ein Wegweisungsverfahren durchlaufen können. Denn wer erst in der fernen Schweiz ein Asylgesuch stellt, zeigt, dass er nicht an Leib und Leben bedroht ist.

Nur wer mit dem Flugzeug kommt, kann Asyl beantragen?

Ja, aber es sind nur sehr wenige. Wer wirklich um sein Leben bangt, wird richtigerweise im nächstgelegenen sicheren Land einen Antrag stellen, um rasch wieder in die Heimat zurückkehren zu können, wenn die Bedrohung vorüber ist.

Welche Forderungen haben Sie noch?

Während des Wegweisungsverfahrens sollen die Personen in kontrollierten Zentren betreut werden. Sie erhalten dort nur Naturalien. Wer sich nicht an die Schweizer Regeln hält, soll in ein geschlossenes Zentrum. Zudem soll es bei Verfahren nur eine Beschwerdemöglichkeit geben.

Diese Massnahmen sind doch nicht menschenrechtskonform.

Ein Recht auf freie Wahl des Zufluchtsstaats gibt es nicht. Und in unseren angrenzenden Nachbarländern findet keine politische Verfolgung statt, weshalb die illegale Einreise in die Schweiz weder notwendig noch tolerierbar ist. Das war ja das grossmundige Versprechen, mit dem der Bundesrat beim Volk ein Ja zum Dublin-Vertrag abgeholt hat. Zudem bleibt der Verfassungsgrundsatz bestehen, dass niemand in einen Staat ausgeschafft werden darf, in dem ihm Folter oder eine andere Art grausamer und unmenschlicher Behandlung oder Bestrafung droht.

Wie bringen Sie die Forderungen ein?

Wir arbeiten an einer neuen Asylinitiative. Das Ziel ist es, die Attraktivität der Schweiz für Scheinflüchtlinge zu senken, dem unsäglichen Menschenhandel den Riegel zu schieben und die Milliardenkosten zu reduzieren. Dabei gilt es, Bundesrätin Sommaruga Beine zu machen.

Weshalb gerade jetzt?

Die Zustände an den europäischen Mittelmeerküsten zeigen, dass sich das Dublin-Versprechen des Bundesrats – mehr Sicherheit und weniger Asylgesuche – in Schall und Rauch aufgelöst hat. Aber es zeigt auch die Unfähigkeit der Justizministerin. Unter Justizminister Blocher konnten die Asylgesuche auf 11 000 jährlich gesenkt werden. Nach seiner Abwahl sind die Gesuche erneut explodiert. Für 2014 rechnen wir wieder mit mehr als doppelt so vielen Asylsuchenden.

Zu Zeiten Christoph Blochers gab es europaweit weniger Gesuche.

Aber der Rückgang unter Blocher mit seiner konsequenten Durchsetzung der Gesetze war auch im Quervergleich überdurchschnittlich hoch. Genau vor und genau nach Blocher waren die Asylzahlen wesentlich höher – alles Zufall? Tatsache bleibt: Der Schutz der Schengen-Aussengrenzen funktioniert nicht. Bundesrätin Sommaruga kommt ihren Pflichten zur Durchsetzung der Gesetze und insbesondere der Wegweisung von abgelehnten Asylsuchenden nicht nach. Sie pocht nicht darauf, dass Staaten wie Italien oder Griechenland sich an ihre Dublin-Verpflichtungen halten. Stattdessen käme es ihr wohl recht, wenn bald keine Asylsuchenden mehr nach Italien zurückgeschickt werden könnten. Und offenbar will sie zusätzlich 5000 Syrien-Flücht-

linge holen. Da sagen wir Halt. Richtig ist vielmehr die bereits von der Schweiz mit Millionen unterstützte UNO-Hilfe in sicheren Nachbarländern. Diese dient den Ärmsten und nicht denen, die teure Schlepperreisen bezahlen können.

Die Zahlen nahmen unter Sommaruga ab. Ihre Reformen wirken.

Falsch! Die Asylzahlen sind unter Sommaruga explodiert! Schwankungen bei derart exorbitant hohen Asylzahlen als Erfolg zu verbuchen, ist reine Schönrederei. 2007, vor der Blocher-Abwahl, gab es 10 844 Gesuche, dann schnellten die Zahlen hoch. 2012 gar auf 29 000. Letztes Jahr waren es gut 21 000 Gesuche, aber schon bis Ende Juni 2014 hatten wir wieder über 10 000. Sie müssen anerkennen, dass es 2013 die Abstimmungsdiskussion um die Asylverschärfungen war, welche die Schlepper verunsicherte. Darum blieben viele Eritreer der Schweiz fern. Jetzt sind ihre Zahlen wieder gestiegen. Es spricht sich herum, dass der Asylschlendrian unter Sommaruga weitergeht.

Ist Ihre Initiative nicht vor allem ein Wahlkampf-Instrument?

Nein. Wenn Probleme offensichtlich sind, der Bundesrat das Gesetz aber nicht durchsetzt, muss das Volk eingreifen. In unserem Land kann es glücklicherweise mitreden, nicht wie in der EU, wo uns die SP hinführen will. Und auf lokaler Ebene setzen sich die Bürger direkt zur Wehr, da sie die Konsequenzen von renitenten und kriminellen Asylanten tragen müssen: mehr Einbrüche, mehr Drogen, mehr Überfälle.

Pascal Tischhauser

SVP-
Nationalrat
Adrian
Amstutz

